



Zukunftsvertrag: Drei Parteien wollen vorzeitigen Ausstieg

GÖTTINGEN Kreisfinanzausschuss diskutiert über Bestrebungen von Linke, Piraten und Die Partei.

Von Matthias Heinzl
17.06.2018 - 17:39 Uhr



Die Parteien erhoffen sich vom vorzeitigen Ausstieg einen größeren finanziellen Gestaltungsspielraum.

Foto: Oliver Berg/dpa

Die Kreistagsgruppe aus Linken, Piraten und Die Partei möchte, dass der Landkreis vorzeitig aus dem Zukunftsvertrag mit dem Land Niedersachsen aussteigt. Darüber hat der Finanzausschuss des Landkreises am Freitagnachmittag debattiert.

Im November 2013 hatten die damaligen Landkreise Göttingen und Osterode den Zukunftsvertrag mit dem Land Niedersachsen abgeschlossen. Ziel und Zweck: eine Entschuldungshilfe für die damals hoch verschuldeten Landkreise. Das

Land nahm den Kreisen damit die Schulden ab, im Gegenzug mussten sich die Landkreise zu einem rigorosen Sparkurs vertraglich verpflichten. Bedingung des Vertrags war unter anderem die Fusion der beiden Landkreise.

Größerer Handlungsspielraum

In Paragraph 8 des Vertrages ist die Laufzeit festgelegt: bis zu zehn Jahre, also bis 2023. Linke, Piraten und Die Partei berufen sich jetzt auf einen Passus, nachdem eine Beendigung des Vertrages vorher möglich ist, wenn die dauerhafte Leistungsfähigkeit des Landkreises gemäß Paragraph 23 der Kommunalhaushalts- und -kassenordnung (KomHKVO) sichergestellt ist.

„Die Landkreise Uelzen (im Sommer 2017) und Goslar (vor einigen Tagen)“, erklärt die Kreistagsgruppe in ihrer Anfrage, „haben ihre Zukunftsverträge aufgrund der vorgenannten Regelung vor Ablauf von zehn Jahren beenden können“. Täte der Landkreis Göttingen ein Gleiches, bekämen er und die Politik einen deutlich größeren Gestaltungsspielraum bei den freiwilligen Ausgaben.

Jetzt wollen die drei Parteien von Landrat und Kreisverwaltung wissen, ob auch für den Landkreis Göttingen „in diesem Haushaltsjahr“ ein solcher vorzeitiger Ausstieg beantragt werden kann. Oder ob der Antrag „nach der derzeitigen Finanzplanung für das Jahr 2019 beziehungsweise 2020 gestellt werden kann“.

Klarheit erst am Jahresende

Im Finanzausschuss am Freitag verwies Gruppensprecher Hans-Georg Schwedhelm auf eine Überschussrücklage aus den Jahren 2016/17 in Höhe von 17,4 Millionen Euro und eine noch ausstehende Erstattung des Landes für Ausgaben für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Höhe von acht Millionen. Die zuständige Dezernentin Marlies Dornieden erklärte hingegen, Klarheit über den derzeitigen Haushalt und über seine dauerhafte Leistungsfähigkeit bekomme der Landkreis erst am Jahresende. Außerdem seien bedeutsame Landeszuschüsse mit dem Bestehen des Zukunftsvertrages verknüpft.

Für die CDU kritisierte Harm Adam „Herrn Schwedhelms wahres Motiv: Er will mehr Geld ausgeben. Da machen wir nicht mit“. Der Ausschuss behandelte Schwedhelms Vorstoß als Anfrage und nicht als Antrag: Eine Abstimmung darüber gab es also nicht.

Ihre Meinung

[KOMMENTAR-PROFIL ANLEGEN](#)